

Dank ausgesprochen und an die Presse, die politischen Parteien und die Staatsmänner der Großmacht der Apoll gerichtet, das Interesse der Parlatente und der Öffentlichkeit für den englischen Vorschlag zu erwecken, der einzig und allein Ordnung und Frieden in Mazedonien dadurch gewährleisten werde, daß er die im Artikel 23 des Berliner Vertrages vorgesehenen politischen Rechte verleihe. Die Nichtanwendung dieses Artikels habe in den letzten 30 Jahren die Vernichtung von 30 000 Menschenleben verschuldet.

Politische Uebersicht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der durch ein anbahnendes Leiden veranlaßte und seit längerer Zeit erkrankte Rücktritt des britischen Premierministers Sir Henry Campbell-Bannerman ist nunmehr amtlich bekümdigt worden. Wie in seinem Vaterlande erfreut sich der im jähren Kampf für seine politischen Ideale ergraunte britische Staatsmann auch im Auslande hoher Verehrung. In Deutschland insbesondere soll es ihm unversehrt bleiben, daß während er die Führung der Regierungsgeschäfte in der Hand hielt, die Befestigung des deutsch-englischen Verhältnisses eingeleitet worden ist. Sir Henry Campbell-Bannerman hat diese Vorgänge nicht nur mit Wohlwollen beobachtet, sondern auch Gesängen der auf eine Verständigung zwischen der öffentlichen Meinung haben und drüben gerichteten Bestrebungen in dankenswerter Weise tätig beigetragen. Am Ende seiner politischen Laufbahn genießt er die äußerste Verehrung seiner Gesinnungsgenossen und die aufrichtige, persönliche Achtung seiner Gegner, die durch den Mund des Führers der Opposition, Herrn Balfour, im Unterhaus ihren herlichen Empfindungen Ausdruck geben ließen, auch in diesem Falle von neuem die vorbildliche Art bezeugend, in der das britische Parlament öffentliche Angelegenheiten zu behandeln pflegt. Sir Henry Campbell-Bannerman wünschen wir eine baldige und völlige Genesung und den Genuß eines langen, ruhigen Lebensabend.

Oesterreich-Ungarn. Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm das Retrukenkontingent in allen Leistungen an.

Schweiz. Auch der Schweizer Ständerat beschloß mit 24 gegen 12 Stimmen, dem Verbot der Einfuhr, der Fabrikation und des Verkaufes von Absind keine Zustimmung zu erteilen.

Frankreich. Die französische Deputiertenkammer nahm am Dienstag den Gesetzentwurf an, betreffend den zeitweiligen Schutz industriellen Eigentums auf internationalen Ausstellungen im Auslande. — In Beantwortung von Interpellationen über die Lieferung franker Fleisches an die Ameer, machte sich der Unterrichtsminister im Kriegsministerium, Chéron, zum Echo der im Lande herrschenden Erregung und Brandmarke die betreffenden Lieferanten. Er erklärte, daß alle Schulden zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden würden. (Beifall.) Die Regierung sei in Erwägung darüber eingetreten, wie das Los der Soldaten immer besser zu gestalten sei. (Geneuer Beifall.) Zum Schluß der Debatte wurde mit großer Mehrheit eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie alle erforderlichen Maßregeln ergreifen werde.

Rußland. Fürst Nikolaus von Montenegro ist Mittwoch vormittag in Jaroslaw Selo eingetroffen und am Bahnhof vom Kaiser empfangen worden. — Der russische Reichsrat nahm am Mittwoch die von der Duma votierte Erhebung der Gesandtschaft in Tokio zur Beschaft ohne Debatte an. — Die Auflösung des finnischen Landtages wurde überall ruhig aufgenommen. Einige Parteien versammelten sich am Montag zur Beratung. — Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Aus Anlaß neuer Bereinigungen nahe unserer Kaufsugrenze, sind wir ermächtigt zu erklären, daß die osmanische Regierung durch ihren Petersburger Botschafter mitgeteilt hat, daß die andauernden Nachrichten der Zeitungen, betreffend türkische Kriegsvorbereitungen den Tatsachen nicht entsprechen. Laut formeller Erklärung des hiesigen türkischen Botschafters hat die Porte keinerlei Maßregeln beabsichtigt einer Truppenkonzentrierung in der Nähe der russischen Grenze und auch keine präliminären Anordnungen zu einer solchen Konzentrierung getroffen. Alle Kriegsmaßregeln, die in letzter Zeit getroffen wurden, darunter auch die Aufhebung einiger Divisionen nach Van, seien, wie die türkische Regierung erklärt, ausschließlich durch die Befürchtung vor Unruhen in diesem Bezirk hervorgerufen worden.

England. Im englischen Kabinett werden dem „Daily Chronicle“ zufolge voraussichtlich folgende Änderungen eintreten: Lord George (ehemaliger Handelsminister) wird das Schatzamt, Earl of Crewe das Kolonialamt, (Guthrie (ehemaliger Kolonialamt) das Handels-

amt übernehmen, Lord Tweedmouth (ehemaliger Admiralität) wird Vizepräsident des Geheimen Rates und McKenna (ehemaliger Unterriks) erster Lord der Admiralität werden. Am Mittwoch hat Asquith nach mehrfachen Besprechungen mit König Eduard die Bildung des neuen Kabinetts offiziell übernommen. — Zwischen England und den Vereinigten Staaten ist dieser Tage ein Schiedsgerichtsvertrag in neuer Fassung abgeschlossen worden. Nach einer Meldung aus Washington entspricht der neue Vertrag zwischen England und der Union dem von der Union mit Frankreich abgeschlossenen Vertrage. Er enthält aber zwei Zusätze: der eine bestimmt, daß ein Uebereinkommen über eine dem Schiedsverfahren zu unterwerfende Angelegenheit nicht bindend sein soll, bis es vom amerikanischen Senat abgeschlossen und von der britischen Regierung durch Notenwechsel angenommen ist. Sodann behält sich England das Recht vor, bei allen Angelegenheiten, die die Kolonien mit Selbstregierung betreffen, diese zuerst zu befragen, ehe es ein Uebereinkommen abschließt. Den Schiedsvertrag begleitet eine Note, wonach die bestehenden Gebirgsforderungen der beiden Regierungen sowie das Resultat der internationalen Poststrafen-Kommission, soweit es die Grenzflüsse zwischen der Union und Kanada und die elektrische Ausnützung des Niagara berührt, den Bestimmungen des Vertrages nicht unterliegen.

Dänemark. Infolge des Todes des dänischen Finanzministers Lassen hat der König den Ministerpräsidenten Christensen und der interimistischen Leitung des Finanzministeriums beauftragt.

Norwegen. Im Storting zu Christiania erklärte am Dienstag Ministerpräsident Gunnar Knudsen, daß die Regierung wünsche, der Storting möge positiv zu erkennen geben, ob die Regierung das Vertrauen des Stortings besitze oder nicht, oder er möge aussprechen, daß sie nach den Umständen im Amte bleiben solle. Der Führer der Sozialdemokraten, Griffen, erklärte, daß die Regierung mit positiver Majorität nicht gegeben werden könne. Der Ministerpräsident erwiderte, daß es von der Art und Größe der Majorität abhängen würde, ob die Regierung im Amte bleibe. Mit den Sozialdemokraten sei ein parlamentarisches Zusammenarbeiten ausgeschlossen. Der Führer der unabhängigen Linken, Liljevald, erklärte, seine Partei werde nicht versuchen, die Regierung zu stützen, sondern werde eine sachliche Haltung einnehmen. In der Nachmittags Sitzung brachte Abgeordneter Fasting eine von mehreren Mitgliedern der unabhängigen Linken unterzeichnete Tagesordnung ein, daß der Storting es unter den vorliegenden Umständen für richtig halte, daß die Regierung am Ruder bleibe. Dieser Beschluß soll kein Vertrauensvotum sein, sondern gebe auf ein sachliches Zusammenarbeiten aus, was, wie er hoffe, sich einem parlamentarischen Zusammenarbeiten entwickeln würde. Am Mittwoch nahm der Storting mit 67 gegen 55 Stimmen die von Fasting vorgelegene Tagesordnung an, daß der Storting es für richtig halte, daß die Regierung in Anbetracht der Umstände im Amte bleibe. Die Regierung hatte sich vorher mit dieser Tagesordnung einverstanden erklärt. Für die Tagesordnung stimmten 52 Radikale, 10 Sozialdemokraten und 5 Mitglieder der unabhängigen Linken.

Portugal. Nach dem endgültigen Ergebnisse der portugiesischen Wahlen wird die neue Deputiertenkammer sich zusammensetzen aus 62 Regeneratoren, 59 Progressisten, 17 Independents, 7 progressivistischen Dissidenten, 5 Republikanern, 3 Amdängern des früheren Ministers Franco und 2 Nationalisten; insgesamt 155 Abgeordnete einschließlich der Vertreter der Kolonien. — Der Dienstag ist in Lissabon ohne bemerkenswerten Zwischenfall verlaufen, nur in dem berichtigten Viertel Mouraria begannen kleine Gruppen Ausschreitungen. Die Polizei nahm weitere zweihundert Verhaftungen vor. Fünfhundert bis sechshundert von den Verhafteten brachte man auf die Festung Carrias in Unterjuchungshaft.

Marokko. Aus Marokko telegraphierte General d'Amade nach Paris, er habe ein starkes Detachement im Lager von Boukeron gelassen, um die Besetzung des Gebietes der Maktas zu sichern und die endgültige Reorganisation des Landes herbeizuführen. d'Amade kehrte nach Der Reich zurück.

Nordamerika. Der Militäretat der Vereinigten Staaten zeigt sich Unangenehme. Der Senat genehmigte am Dienstag den Gesetzentwurf, betreffend die Ausgaben für militärische Zwecke, die zwanzig Millionen mehr betragen als im Vorjahre. Senator Raine, der Vorsitzende der Kommission für Marineangelegenheiten, erdoh lebhaften Einspruch gegen das Angelegenheit der militärischen Ausgaben und erklärte, dies würde ein Defizit herbeiführen. Sein Antrag, dies Angelegenheit nochmals zu erwägen, wurde zur Besprechung gestellt. Hierauf bewilligte das Haus

die Ausgaben für Besetzungszwecke im Betrage von zwölf Millionen Dollars.

Deutschland.

Berlin, 9 April. Nach einem Telegramm aus Palermo begaben sich das Kaiserpaar und die übrigen Herrschaften Mittwoch vormittag an Land und zu Wagen zum Dom, wo sie von der Ehrlichkeit empfangen wurden. Der Dom wurde besichtigt. Um 11/2 Uhr empfing der Kaiser an Bord den Erzbischof von Monrals, Monsignore Larcia di Brolo. Mittags folgte das Kaiserpaar einer Einladung des Herzogs und der Herzogin von Orleans zur Tafel. Die Abfahrt nach Korfu ist auf heute früh 8 Uhr festgesetzt. Die Anfunft in Korfu erfolgt voraussichtlich am Freitag gegen Mittag. — Aus Korfu wird noch gemeldet: Infolge heftigen Sturmes streifen die Dampfer hier mit großer Verwüstung ein, somit ist nicht ganz auszuschließen. Die Anfunft der griechischen Königsfamilie wie die des Deutschen Kaiserpaars ist daher noch nicht auf die Stunde genau zu bestimmen. Ununterbrochen starke Regenfälle sind den Vorbereitungen für die Empfangsfeierlichkeiten, besonders den Ausschmückungsarbeiten sehr hinderlich. — Die türkische Regierung ist bemüht, die Begrüßung des Kaiserpaars an der albanischen Küste möglichst eindrucksvoll zu gestalten.

— Der Besuch des Deutschen Kaiserpaars in Wien wird im ersten Drittel des Monats Mai erfolgen. Den bisherigen Bestimmungen zufolge ist für diesen Besuch der 7. Mai in Aussicht genommen.

— Die Vermählung des Prinzen August Wilhelm von Preußen wird, wie die „B. R. N.“ hören, im Herbst stattfinden. Wlla Regis, wo auch Prinz und Prinzessin Gisel Friedrich zuerst gemohnt haben, wird für das junge Paar instand gesetzt.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 8. April.) Im Reichstag entspann sich am Mittwoch bei der dritten Beratung des Vereinsgesetzes zunächst eine längere Generaldebatte. Abg. Gröber (Str.) erhob gegen die Freistimmigen den Vorwurf, daß sie sich mit den Konservativen auf einer Mehrheit zusammengelehrt hätten, deren Motto sei: Nicht geht vor Nicht, während Fürst Sayfeldt (Rechts) auf die Freistimmigen für ihr Entgegenkommen dankte. Der Vize Fürst Reichartshausen polemisierte gegen die Versänger des Abg. von Bayer über das Vereinsgesetz. Der konservative Abg. Dietrich verteidigte den Ausschluß der Jugendlichen unter 18 Jahren aus den politischen Vereinigungen. Abg. Juno erklärte, daß die sächsische Vereinsgesetzgebung liberaler sei als das vorliegende Vereinsgesetz. Abg. Seine (Soz.) erklärte, daß die Freistimmigen sich aus dem Kampf um die Freistimmigkeit hätten und die Sozialdemokraten diesen Kampf nun allein führe. Abg. Grader (Str.) erg. erwiderte ihm, daß die Sozialdemokraten in diesem Kampfe keinen Erfolg haben werde, da sie unter der Fahne des Kleinrentenplantes stünde. Weiter wies der freistimmige Redner darauf hin, daß das Reichsvereinsgesetz ganz bedeutende Fortschritte gegenüber dem bestehenden Zustande, namentlich in Preußen, bringe. In der 2. Tagesberatung wurden die §§ 1 bis 6 nach unerheblicher Debatte unanheimt angenommen. In der Debatte über den § 7 (Sprachenparagraf) beantragte Abg. Leebauer (Soz.), daß der Reichstagler die Nachsicht nicht dementiert habe, daß dieser Paragraf nur auf Betreiben der Großindustriellen in das Gesetz hineingekommen sei, worauf Staatssekretär v. Schönermann-Sollweg namens des Reichskanzlers die Erklärung abgab, daß diese Nachsicht unzutreffend sei. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde auch § 7 unverändert angenommen. Das ganze Gesetz gelangte schließlich mit 194 gegen 163 Stimmen bei zwei Stimmenthalten zur Annahme. Der Reichstag erledigte auch noch die dritte Beratung des Vereinsgesetzes. Eine Spezialberatung über dieses Land nicht statt. Das Gesetz wurde in annehmlicher Abstimmung mit 208 gegen 168 Stimmen angenommen. Präsident Graf zu Solberg wünschte dann den Abgeordneten gute Erholung in den Osterferien. Nächste Sitzung Dienstag, den 28. April (Festtagen).

Berrenhaus. (Sitzung vom 8. April.) Das Berrenhaus nahm am Mittwoch nach unerheblicher Debatte das Quellen-Gesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses an und ging dann zur Beratung des Polizeistrafengesetzes über. Der Oberbürgermeister von Berlin, Richter, trat noch einmal in längeren Ausführungen den Bestimmungen des Gesetzes entgegen. Er beantragte, daß in dem § 2 der Satz geändert werden solle, wonach von dem Einmahnen und Anhalten der Polizeibehörden von Berlin fünf Prozent als nicht auf der örtlichen Polizeibehaltung beruhend abgezogen werden sollten. Berlin verlange durchaus nicht ein Benefizium für sich, sondern wolle nur nach gemeinem Recht wie die übrigen Großstädte behandelt werden. Auch die Aufschaltung des Verwaltungsbereichs ist für Berlin von schädigender Wirkung. Die Reichsregierung habe nicht die Befugnis, sie nicht auf das Recht nehmen lassen, wenn sie der Meinung sei, daß sie beanstandet werde, einen freisichlichen Reichsrat einzusetzen. Die Bürgermeister verschiedener anderer Großstädte sprangen ihrem Kollegen bei und unterstützten den Antrag des Herrn Richter. Vom Regierungssitze aus wurde dem Antrage widersprochen und der alte Standpunkt betont, daß das Gesetz für Berlin durchaus keine Nachteilige Wirkung bringe. Der Antrag des Herrn Richter wurde schließlich mit verhältnismäßig schwacher Majorität abgelehnt. — Bei der darauf folgenden Beratung der Denkschrift zum Aufhebungsbescheid über die Verhältnisse des Hauses in ungebürdiger Weise sich in einem Berliner Blatte eine Kritik an seinen Kollegen erlaubt habe. Am Donnerstag hielt der Reichstag die Beratung der Tagesordnung, sowie seine Vorarbeiten der Tagesordnung.

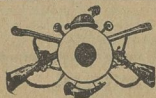
Die jungen Löwen kommen



Ia. zart. Reh-, Rotspieser- u. Wildschweins-Rücken, -Keulen, -Blätter und Kochfleisch, **starke Hasen**, hochfein im Geschmack, **wilde Kanin**,

Osterlämmer

feiste Fasanhähne, Birkhähne und Hennen, Schnee- und Haselhühner, franz. u. deutsche Poularden, Puter, Kapauen, Perlhühner, junge Tauben, Kochhühner, lebende böhmische Spiegelkarpfen, Aale, Schleien, Hechte empfindlich **Emil Wolff, Hofmarkf.**



Leichings, Revolver, Luftbüchsen, Pistolen

2c. größte Auswahl am Platze in Kal. 5, 6, 7, 9, 12 mm, sowie Munition dazu, liefert als langjährige Spezialität **billiger als jede Konkurrenz**

C. Hübenthal,

Büchsenmacher.

Salle a. S., Leipzigerstraße 86, Ecke der gr. Bräuhausstr. Tel. 2304 **Billigste Bezugsquelle sämtl. anderer Waffen, Munitionen und Jagdartikel Reparaturen jeder Art solid und preiswürdig.** Alle Waffen faust und nehme in Zahlung.

Männer-Turnverein. E. V.
Die Verbindung unseres Mitgliedschaften **Carl Miethe**
findet Freitag den 10. April, nachm. 4 Uhr statt.
Sammlertag für die Mitgliedschaft beim Bezirksrat S. u. n. spielt um 3 1/2 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen bitten **Der Vorstand.**

Berein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.
Freitag den 10. April cr., nachmittags 3 1/2 Uhr,
Monats-Versammlung
in Badelt's Restaurant. **Der Vorstand.**

Pretzsch.
Freitag den 10. d. M.
Schlachtfest.
Von abends 7 Uhr an frische Würst.
Otto Händler.

Schkopau.
Gasthof Deutscher Kaiser.
Heute Freitag
Schlachtfest.

auf den Kinderplatz.

Ein großer Posten

Gardinen

in den neuesten Mustern kommt von heute an zu **aussergewöhnlich billigen Preisen** zum Verkauf. **G. Brandt.**

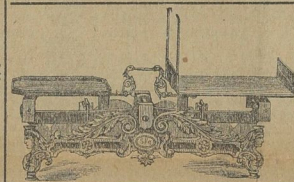


Schuhwaren!

Sämtliche Frühjahrs-Neuheiten in Form und Chic sind jetzt am Lager und halte mich bei Bedarf in nur guter Ware bei billigen Preisen bestens empfohlen.

M. Gebhardt.

Anfertigung nach Maß und Reparaturen werden gut ausgeführt.



Infolge der diesjährigen Maß- u. Gewichts-Revision! empfiehlt neue **Waagen und Gewichte**, sowie Reparaturen und Auf-frischungen in sachgemäßer exakter Ausführung zu billigen Preisen **A. Dresdner.** Wagenfabrik, a. d. weißenauer 19

Kinderwagen viele Neuheiten.
Sportwagen geschmackvolle Muster
Größtes Spezialhaus für Galanterie u. Spielwaren.
C. F. Ritter, Halle a. S., Leipzigerstr. 90.

„Emmerlinge“
Beste Nährweide!
Mit Braun Schaus Medaille! Ehrentitel! Gold-Medaille!
In Pak. enth. 10 Stk. = 10 Pfg.
In Kartons enth. 30 Stk. = 30 Pfg.
In haben in allen Nahrungsmittel-Geschäften.
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen!
Verteiler: **W. Krause,** Merseburg. Tel. 312

Ein sehr großer Transport selten schöner und schwerer **Wefermarsch-Rühe** ist wieder bei mir eingetroffen.
L. Nürnberger.

Prima fette Ware empfiehlt **Ww. Kolbe,** Hofschlächterei, Sirtzberg 2.

Ia. Bienenhonig a. Bl. 90 Pf. empfiehlt **A. Welzel,** Domplatz 2.

Die jungen Löwen kommen

Zur guten Quelle. Aal in Gelee, frisch eingedocht.

Hubold's Restauration.

Heute **Schlachtfest.**

Harings Restaurant.

Sonnabend **Schlachtfest.**

Heute **Schlachtfest.**

W. Alleritz, Amtshäuser 17.

Heute Freitag **frische hausgeschlachte Würst.** **Gustav Köppe.**

Heute **Schlachtfest.**

C. Steger, Weihenfelserstraße 40.

Besten So. abend von früh an **Schweinefleisch, Schmeer, fettes Fleisch und frische Würst.** **Wägenerstraße 6.**

Suche Vertrauensstelle.

Position kann in jeder Höhe gestellt werden. Offerten unt. G 307 a. d. Exped. d. Bl. ab.

Lehrling

Sucht **A. Schanz,** Badermeister, Bettestraße 26.

Ein jugendlicher Arbeiter

zum sofortigen Eintritt für leichte Arbeit gesucht. Zu melden in der Dammühle beim Obermüller **Grosse.**

Malergehilfen

stellen sofort ein **Gebr. Weidemann,** gr. Ritterstraße 13.

Maler und Anstreicher

stellt ein **Sirtzberg 12.**

Flotte jüngere Verkäuferin

sowie eine Lernende gegen monatliche Entlohnung gesucht. **Franz Lorenz, Inh. Carl Eberhardt.**

Lernende für Buch

zum sofortigen Eintritt gesucht. **A. Koppmann,** Burgstraße 13 I.

Buchmacherin

zur Anstehle gesucht. **Franz Lorenz, Inh. Carl Eberhardt.**

Junge Mädchen,

welche das Bescheiden und Zupfenden gründlich erlernen wollen, können sich noch melden **Friedrichstraße 12.**

Gut empfohlenes williges **Mädchen**

für Dienst oder Aufwartung möglichst sofort gesucht **Franz v. Bose, Kavallerie 23.**

Mädchen, welches Öfen die Schule verläßt, sucht Stellung als **Kindermädchen.**

Näheres in der Exped. d. Bl.

Suche zum 1. Mai oder später ein ordentliches braves **Kinder mädchen,**

welches Öfen die Schule verläßt. **Th. Bergner, Braunsdorf.**

Geucht zu möglichst baldigem Eintritt ein ordentliches nicht zu junges **Mädchen**

für Küche und Haus. **Franz Prof. Dr. Hoyer, Karlstraße 25 I.**

Ein kleiner gelber Teckel gefahren abend vom Domplatz aus entlaufen. Gegen Belohnung wiederzubringen am **Domplatz 2.**

auf den Kinderplatz.

Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

— (Zu den Landtagswahlen.) Als Termin für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus sind vom Minister des Innern festgesetzt der 3. Juni und nötigenfalls folgende Tage für die Wahl der Wahlmänner, und der 16. Juni und folgende Tage für die Wahl der Abgeordneten.

— (Der Prozeß Dr. Peiers gegen die „Kölnische Zeitung“) bzw. gegen Redakteur Bräggemann und Gouverneur a. D. von Bennigsen wird am 28. Mai vor der Kölner Strafkammer in der Berufungssitzung verhandelt werden. Vom Schöffengericht ist v. Bennigsen befristlich wegen Beleidigung des Dr. Peiers zu 100 Mark Geldstrafe, Bräggemann dagegen freigesprochen worden.

— (Das Reichsgericht) hat die Revision des Reichsrats Hans Radchwald von der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“, der wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Reichsrats-Verwaltungsleiters (Scheidt-Kunze) am 4. Januar zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, verworfen.

— (In Sachen Lynar) wird, nach dem „Berliner Börsen-Courier“, von der Familie des Grafen auf Grund ärztlicher Gutachten der Versuch gemacht, die Wiederaufnahme des Prozesses vor dem Kriegsgericht zu erlangen.

— (Abg. Gröber und die „Germania“.) Im Reichstagen gibt die „Germania“, die den Beleg und die Druckerei des gleichnamigen Berliner Zentrumsorgans besitzt, bekannt: „Aus dem Aufschriat unserer Gesellschaft ist der Landgerichtsdirektor Adolf Gröber in Heilbronn ausgeschlossen.“ Die „Germ.“ ihrerseits bekräftigt den Bemerkungen einiger Zeitungen gegenüber, daß das Ausschließen des Abg. Gröber aus ihrem Aufschriat etwas mit dem Pressefreizug tun hätte.

— (Die politische Neutralität der deutschen Gewerkschaften) wird neuerdings von den christlichen Gewerkschaften hart in Zweifel gezogen, weil der liberal-demokratische Arbeitstag in Gießen Arbeitermandaturen für Reichstag und Landtag verlangt und der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften in einer zweiseitigen Konferenz Richtlinien aufgestellt hat, die eine politische Betätigung von den Mitgliedern verlangen. Dabei haben die Gewerkschaften aber gar nichts anderes getan, als was die christlichen und die sozialdemokratischen Gewerkschaften seit Jahren ungeschwehrt tun, die Unterstützung der gewerkschaftlichen Mitglieder zu politischem Interesse und politischer Betätigung außerhalb der Gewerkschaften in politischen Parteienvereinen. Es ist heuchlerisch, wenn jetzt die Führer der Zentrums-Gewerkschaften die Frage an die Christen-Demokratischen Gewerkschaften richten: bleibst du Paragraf von der politischen Neutralität bestehen? So neutral wie die christlich-sozialen und die sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihre Führer sind die christlichen Gewerkschaften noch nicht! Eine Verquickung von Politik und Parteinteressen, wie sie beispielsweise beim Empfang der Bergarbeiterdeputation durch die Zentrumsführer des preussischen Landtages vor Jahr und Tag zulage getrieben ist, wäre bei den Christen-Demokratischen Gewerkschaften unerbötlich.

— (Konfessionelle Fragen) kamen dieser Tage in der zweiten sächsischen Kammer zur Verhandlung. Bei der Beratung des Kapitels 97 des ordentlichen Glanz, betreffend katholische Kirchen- und Wohltätigkeitsanstalten, brachte der national-liberale Abg. Dr. Vogel zur Sprache, daß die evangelische Bevölkerung in Sachsen es mit Beunruhigung empfinde, daß die Zahl der Katholiken in Sachsen ständig zunehme. Nach der Verfassungsurkunde dürfen in Sachsen weder neue Klöster errichtet, noch jemals irgendwelche geistliche Orden oder Kongregationen zugelassen werden. Der Redner führte dann eine große Anzahl einzelner Fälle an und erklärte, er halte es für die Pflicht der Kammer, die den Eid auf die Verfassung geleistet habe, und nicht minder für die Pflicht der Regierung, die Einhaltung der Verfassung und des Reichsgesetzes zu überwachen und die gefährdeten Verhältnisse eingehend zu prüfen, sowie das Ergebnis ihrer Prüfung dem Hause mitzuteilen. Kultusminister Dr. Beck erwiderte, daß er von den Verhältnissen, auf die der Redner hingewiesen, keine Kenntnis habe. Die Gesuche um Zulassung derartiger Stiftungen seien in allen Fällen streng nach der Verfassung und nach dem G. G. G. behandelt worden.

— (Für den Landtagswahlkreis Binneberg-Elmsborn) ist von freisinniger Seite der Reichstagsabgeordnete Dr. Struve als Kandidat aufgestellt worden. — Auf der letzten Versammlung der Vorstände beider freisinnigen Gruppen Schleswig-Holsteins fand auch die von Parteifreunden angeregte

Einigungsfrage auf der Tagesordnung. Es zeigte sich, daß fast überall der Ruf nach Einigung in der Provinz Anklang gefunden hatte und größere Schwierigkeiten zur Ausführung dieses Planes nicht zu überwinden sind, da irgend welche Differenzen nicht bestehen. Da aber die bevorstehenden Landtagswahlen die ganze Kraft in Anspruch nehmen, so zog der Antragsteller seinen Antrag, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung des nächsten gemeinsamen Parteitages zu setzen, wieder zurück.

— (Aus den Kolonien.) Ein Amtblatt für das Schutzgebiet Kamerun ist vom vorigen Governement soeben ins Leben gerufen worden. Es bringt neben den amtlichen Bekanntmachungen auch einen nichtamtlichen Teil. Damit geht ein langjähriger Wunsch der Kameruner Bevölkerung und der dortigen Interessenten in Erfüllung. Die jetzt erscheinende Nr. 1 ist hübsch ausgestattet und verspricht im nichtamtlichen Teil Stellungnahme zu allen die Kolonie berührenden Kolonialfragen.

— (Kaiserliche Marine.) „Tiger“ ist am 7. April in Kiel eingetroffen und geht am 12. April nach Koning. Der Reichspostdampfer „Soeben“ mit dem Zweigtransport der abgelösten Besatzung des Kaufbootsgebietes an Bord ist am 7. April in Genoa eingetroffen und hat am 8. April die Heimreise fortgesetzt. „Wolke“ hat am 7. April außer Dienst, „Hertha“ in Dienst gestellt.

Parlamentarisches.

— Zum Landtagschluß. Der Präsident des Staatsministeriums, Fürst v. Bülow, hat an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses folgende, am Mittwoch im Hause verteilte Einladung ergehen lassen: „Eure Excellenz beehrte ich mich ganz ergebenst zu ersuchen, die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten zu einer vereinigten Sitzung beider Häuser des Landtages zur Entgegennahme einer Allerhöchsten Vorstiftung am Donnerstag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in dem Sitzungssaal des Hauses der Abgeordneten geü. einladen zu wollen.“

— Die Kommission des Reichstages für die Rinznoelle nahm am 7. April die Resolution an: Es sei darauf hinzuwirken, daß künftighin den Reichstagen eine den Anforderungen in künstlerischer Hinsicht mehr als bisher entsprechende Ausstattung gegeben werde, und zur Erlangung künstlerischer Entwürfe seien allgemeine Ausschreibungen zu erlassen; hierbei wäre insbesondere eine handlichere Form des fünfmarkigen anzustreben.

— Der in Emden-Norden dieser Tage gewählte freisinnige Reichstagsabgeordnete Fegter ist am Mittwoch in das Haus eingetreten und wurde von den Kollegen der freisinnigen Parteien alldort aufs herzlichste begrüßt. — Abg. Fegter stimmte beim Verlesungsgesetz gegen den § 7 (Sprachenverbot).

— Bei der namentlichen Abstimmung über den § 10a des Vereinsgesetzes, Ausschluß der Jugendlichen bis zum 18. Jahre von politischen Vereinen und Versammlungen, haben nach dem amtlichen Ergebnis mit Ja 200, mit Nein 160 Abgeordnete gestimmt, während einer sich der Abstimmung enthielt und eine Stimme unglücklich war. Der Abgeordnete, der sich der Abstimmung enthielt hat, ist das Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, Dr. Pfundtner, der indessen vorher für den Schlußantrag und gegen den Antrag Trimbom auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 16 Jahre gestimmt hatte. Bei dem Schlußantrag hatten sich der Abstimmung enthalten die Abgeordneten Dr. Neumann-Hofer und Dr. Pothof von der Freisinnigen Vereinigung. Beide stimmten auch für den Antrag Trimbom und gegen § 10a in der Kommissionsfassung. Alle übrigen Mitglieder der bürgerlichen Linken, einschließlich Dr. Dohm und Conrad Hausmann, haben für § 10a, also für den Ausschluß der Jugendlichen bis zu 18 Jahren, gestimmt.

Volkswirtschaftliches.

— (Betreffs der Arbeitszeit in Blätt- und Wäschereien) empfiehlt der Beirat für Arbeiterstatistik, nachdem die von dem Kaiserlichen Statistischen Amt veranlaßten Erhebungen zum Abschluß gelangt sind, Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern und über die Gewerbeaufsicht auf alle gewerblichen Blättereien und Wäschereien ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter.

Provinz und Umgegend.

+ Halle, 9. April. Interessantes aus einer Landwehrrückung. Allen nationalgefühlten Kreisen dürfte nachstehende kleine Schilderung von großem Interesse sein: Vor einigen Wochen sollten hier in Halle beim Magdeburgischen Füsiliers-Regiment Nr. 36 zwei Landwehropagnien 14 Tage üben, wozu außer der bestimmten etatsmäßigen Mannschaftszahl abklärungsweise noch ein gewisser Prozentfuß — im vorliegenden Falle etwa 15 bis 20 Mann — mehr eingesetzt waren, um etwaige Ausfälle durch Reklamation, Kranken usw. decken zu können. Während die Ersatzleute sonst fast immer benötigt werden, trat ein solcher Fall diesmal zufällig nicht ein, so daß tatsächlich etwa 15 Personen überzählig waren. Der mit der Auffstellung beider Kompagnien beauftragte Regimentsadjutant teilte darauf den Mannschaftsleiter mit, daß eine entsprechende Anzahl Landwehrlente nicht mit über könnten und wieder nach Hause gehen müßten. Der Adjutant forderie daher auf, daß sich Mannschaften melden möchten, welche freiwillig von der Übung zurücktreten wollten. Als die erste Aufforderung ohne Ergebnis verlief, wurde sie ein zweites und drittes Mal einbringlich wiederholt, aber immer wieder mit demselben Erfolg: es wollte sich freiwillig niemand nach Hause schicken lassen, vielmehr wollten alle die Übung mitmachen. Es blieb daher dem Adjutanten nichts weiter übrig, als selbst eine Anzahl Landwehrlente herauszugreifen, welche nach Hause mußten. Die beiden Kompagnien haben absondern 14 Tage geübt, ohne daß nur das geringste Unliebsame passiert wäre. Man kann hieraus ersehen, daß der Herrdienst in der Tat doch keineswegs so unbeliebt ist, wie man von gewisser Seite immer glauben machen will. Im Gegenteil ist der obige Vorgang gewissermaßen als typisch aufzufassen und um so höher zu bewerten, als die aus allen Bevölkerungsschichten eingezogenen Übungsmannschaften nur aus älteren Jünglingen der Landwehr bestanden, welche aus ihrer aktiven Dienstzeit doch ganz genau wußten, wie der Militärdienst beschaffen ist. (M. 3.)

+ Dommitzsch, 9. April. Die sächsischen Behörden beschließen die Erbauung einer Gasanstalt. Die Mittel in Höhe von 90000 Mk. werden im Wege der Anleihe aufgebracht.

+ Rötten, 8. April. Sonntag abend gegen 10 Uhr wurde ein 16-jähriges Mädchen von einem Manne außerfallend und vergewaltigt. Auf das Hilfeschreien der Unglücklichen herbeieilende Personen vermochten leider den stehenden Täter nicht zu ergreifen. — Am sächsischen Polizeikongressum ist auch für dieses Jahr ein Ferienkursus für koloniale Technik in Aussicht genommen.

+ Magdeburg, 9. April. Der Vorstand des Magdeburger Lehrerevents richtete an die sächsischen Kollegen eine Eingabe, in der er um Gewährung einer Teuerungszulage an die hiesigen Lehrer bittet.

+ Jena, 9. April. Der Bau des Volkshades am kleinen Paradies ist soweit gefördert, daß er im Oktober oder November dieses Jahres seiner Bestimmung übergeben werden kann. Der Bau enthält eine Schwimmhalle, 23 Mannenbäder, 8 Frauenbäder, 4 Bader für medizinische Bäder, 1 Dampfbad, 1 Warmluftsaal, 1 Heilluftsaal und hierzu 11 Arbeiter. Die Kosten des Baus, zu dem Professor Wedelmann in Jena die Pläne aufgestellt hat, belaufen sich auf rund 400000 Mk. 3: 100000 Mark haben die Firma Carl Zeiss und die Sparkasse unverzinslich zur Verfügung gestellt, während bisher durch Anleihe etwa 50000 Mk. aufgebracht worden sind. Da die Gelder nicht so reichlich geflossen sind, wie man wohl bei dem gemeinnützigen Charakter des Unternehmens annehmen konnte, steht sich der Verein genötigt bei der Thüringischen Landesversicherungsanstalt in Weimar ein Darlehen in Höhe von 120000 Mk. aufzunehmen, dessen Herabgabe zugesagt wurde, nachdem sich die Stadtgemeinde zur Übernahme der Zinsgarantie bereit erklärt hat. Der Rest von 30000 Mk. glaubt man noch in Jena aufbringen zu können.

+ Göttingen, 9. April. Eine bedeutende Erhöhung der Kommunalsteuern trat vom 1. April ab ein: Die sächsischen Kollegen erhöhten den Zuschlag zur Einkommensteuer von 110 auf 145 Prozent, der Grundsteuer von 150 auf 187 1/2 Proz. und der Gewerbesteuer von 135 auf 187 1/2 Proz. Der zu bedende Fehlbetrag im sächsischen Haushaltsetat beläuft sich auf 162000 Mk.

+ Hildburghausen, 9. April. Auf dem Kalbrennen des Rittergutes Häßberg wurde ein Handwerksbursche — ein Schuhmacher aus Pegau — tot aufgefunden. Er hatte sich lebenslang

port wahren wollen, ist aber durch ausströmende Gase erstickt.

1. Leipzig, 8. April. In der Friedrichstraße wurde ein 47-jähriger verheirateter Arbeiter von einem Ranne aus dem zweiten Stock gestürzt. Er wurde lebensgefährlich verletzt. Wie festgestellt wurde, hat der Täter mit der Frau des Verletzten ein Verhältnis gehabt. Wahrscheinlich liegt ein Mordversuch vor.

Lokalnachrichten.

Mersburg, den 10. April 1908

Frühlingsport. Nach langem, ermüdenden Winter werden endlich die Lüste milder, die Sonne strahlt kräftiger und bräunt bereits die menschliche Haut. Die Zeit ist wiederum da, wo der Mensch mit Freude und Begehren sich im Freien ergeht, wo der „Sport in der frischen Luft“ zur Geltung kommt. Aengstliche Menschen haben große Scheu vor der Ausübung eines Sports. Sie vergessen, daß die guten Folgen die bösen weit überwiegen. Sie denken nicht an die Summen von Halbkranke und schwerleidenden Menschen, die jährlich durch den Sport wieder gesund und lebensfroh werden. Sie vergessen ganz, daß durch Angst und Verweigerung eine ungeheure Anzahl von Menschen vorzeitig stirbt. Durch methodische Ausübung eines Sports lassen sich viele angeborene Krankheitsanlagen abschwächen oder gar ganz aufheben. Innere Störungen werden gehoben, schwächer gebliebene Organe, besonders die der Ernährung und Verdauung, werden gekräftigt. Das Allgemeinbefinden bessert sich, der Geist wird beweglicher und freier, die Haltung des Körpers erhält unwillkürlich etwas Freiheits, Selbstbewußtseins. Der Brustkorb erweitert sich, wodurch Lungenentzündungen und Lungenerkrankungen gehoben werden, kurz, der ganze Organismus wird und bleibt freier und kräftiger bis ins höhere Alter hinein. Wenn es unmöglich ist, im Frühjahr und Sommer einen Sport auszuüben, der für einen es wenigstens nicht, täglich einen größeren Gang ins Freie zu machen. Schon der Umhand, daß man im Gefühl der Körperkräfte eine immer wärmere Stübchenluft verlangt, daß man sich nervös gereizt, unruhig, missmutig, schwer im Kopfe fühlt, ist ein warnendes Zeichen, daß die Haut bereits die Kennzeichen der Verweigerung, der Nervosität kundgibt, die man nur durch Abhärtung beseitigen kann. Eine naturgemäße Abhärtung aber ist ohne viel Bewegung im Freien nicht zu denken. Der Sport aber ist die beste Abhärtungsmethode.

Nebel. Der Frühling ist so recht geeignet, die Menschen in der Tugend der Geduld zu üben und am meisten tut es der April. Hin und wieder gibt's einen warmen Tag, und unerfahrene Landgebild triumphiert dann schon und meint, nun sei der Frühling wirklich da. Aber er treibt mit uns ein neckisches Spiel. Immer wieder zieht er sich zurück, immer wieder schied er einen kalten Tag oder mehrere dazwischen, sogar Nebelweiser breitet er, dem Herbst gleich, über die Erde. Frühlingsnebel sind selten. Donnerstag früh aber wurde uns ein solcher beschieden. Der Wind war nach Norden herumgegangen und mischte kalte Luftschichten in die warmen, die über dem sonnenbeheizten Erdboden lagerten. So entstand der Nebel, der in dem Augenblick, wo wir dies schreiben, noch nicht erkennen läßt, ob er der Vorbote eines schönen, wenn auch kühlen, heilen Frühlingstages oder der Bringer trüblichen Landregens werden wird. Beides ist möglich. Hoffen wir das Beste, und trösten uns in jedem Falle damit, daß es doch schließlich wirklich Frühling werden wird.

Schwaffer. Infolge der anhaltenden Niederschläge in den Thüringer Bergen ist das Wasser der Saale derzeit gestiegen, daß die Ufer an den niederen Stellen meistens überflutet sind. Da jedoch in den letzten Tagen ein starker Nordostwind eingestrichelt hat, dürfte ein weiteres Steigen des Wassers kaum zu erwarten sein.

Gesellschaftsbiläum. Auf ein 80-jähriges Bestehen konnte die Gaspianofabrik von C. W. Ritter in Halle (früher in Merseburg) jüngst zurück blicken. Aus den bescheidenen Anfängen heraus hat sie sich, dank ihres anerkannt erhaltenden und soliden Fabrikates zu ihrem heutigen Ansehen entwickelt. In das Rittersche Instrumente jetzt in fast allen Weltteilen bekannt und beliebt ist. Wie wir erfahren haben, hat die Firma erst kürzlich wieder große Aufträge nach Brasilien, Argentinien und Chile gemacht. Wir freuen uns im Interesse der einheimischen Industrie über diese Erfolge und wollen dem Wunsch Ausdruck geben, daß die künftigen Jahrzehnte der Firma weitere Fortschritte bringen mögen.

Der Ueberfall gegen den Polizeigeanten Dreyer kam Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Der Zuschauerraum war so dicht gefüllt, daß es schließlich gesperrt werden mußte. Auf der Anklagebank nahmen der Invalide Hermann Schüge und der Schlosser

Karl Dietrich, beide von hier, Platz. Beide Angeklagte waren sofort nach Ausführung des Ueberfalls in Untersuchungshaft genommen, später aber wieder entlassen worden. Der dritte Angeklagte, der Arbeiter Beydner, hat mittlerweile die Flucht ergriffen, so daß gegen ihn nicht verhandelt werden konnte. Der Angeklagte Schüge ist am 8. Februar 1881 geboren, infolge des Verlustes eines Fußes Invalid und bereits mehrmals wegen Körperverletzung, Verleumdung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruchs verurteilt. Dietrich ist am 26. September 1884 geboren und wegen Hausfriedensbruchs einmal verurteilt. Beiden wurde zur Last gelegt, in der Nacht vom 29. Februar zum 1. März d. J. den Polizeigeanten Dreyer hier während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes gemeinschaftlich tätlich angegriffen und mittels Schlagringes und eines Messers in einer das Leben gefährdenden Weise körperlich mißhandelt zu haben. Geladen waren fünf Zeugen. Die Angeklagten bestritten entschieden die ihnen zur Last gelegten Vergehen und behaupteten, daß der Polizeigeant Dreyer sie zuerst angegriffen habe. Hierauf wurde der Zeuge Dreyer vernommen. Er bestritt in allen Teilen den Sachverhalt, wie wir ihn schon im Bericht über den Ueberfall s. 3. mitteilten. Die Angeklagten, sowie der flüchtige Beydner, der Ratlosen Invalide Ulrich und der Tischler Hein hielten es in der fraglichen Nacht nur darauf abgesehen, dem Polizeibeamen ein auszuweichen. Er wurde, als er nach dem Restaurant „Weintraube“ zu Aufbesserung geholt worden war, auf der Halleschenstraße ohne Grund und Ursache angerepelt und angepöbel. Als der Beamte hierauf nichts erwiderte, provozierten die angetrunkenen fünf Personen unter sich eine Prügelei, die den Dreyer direkt zum Eingreifen herausforderte. Nach einigen Gegenstößen schritt der Polizeigeant zur Feststellung des Namens des Dietrich, was dieser mit Gewalttätigkeiten beantwortete und dabei sogar ein Messer gegen Schüge zu ziehen. Er versetzte auch dem Dietrich einen leichten Schlag. In diesem Moment fielen auch die übrigen Personen über den Beamten her und Schüge versetzte ihm mit einem Schlagring einen Schlag vor den Kopf, der am Helm abglitt und die linke Schläfe traf. Auch von hinten wurde Dreyer gefaßt, ihm der Helm vom Kopf geschlagen und der Säbel entzissen. Weitere Schläge mit harten Gegenständen auf den Kopf des Ueberfallenen folgten, wodurch er benimmungslos wurde und zur Erde stürzte. Die Attentäter machten sich nun aus dem Staube. Der Ueberfall spielte sich auf der Straße gegenüber der Unterführung ab. Vorher hatte der überfallene Beamte um Hilfe geiffen. Einige Zeit später kamen zwei Bahnwärter herbei, die den benimmungslosen Polizeigeanten nach dem Bahnwärterhaus transportierten. Der Polizeiarzt, Dr. Weirich, wurde herbeigeholt und befandete heute in der Verhandlung, daß die Schläge nur von harten Gegenständen, anscheinend einem Schlagring, herabdrücken konnten. Durch den Schlag an die Schläfe trat ein Nervenschlag ein, der die Benimmungslosigkeit zur Folge hatte. Später erholte sich Dreyer wieder, doch war er noch mehrere Tage stark benommen und leidet jetzt noch häufig an Kopfschmerzen. Bemerkenswert war noch die Aussage des Bahnwärters Grubnietz, der dem Beamten zuerst zu Hilfe eilte. Dieser hatte deutlich von Schüge die Versicherung gehört: „Immer feste drauf, jetzt ist es egal, wir schlagen den Hund tot!“ Hiermit war die Zugenennung gemeint. Der Amtsanwalt geißelte in scharfen Worten die verdamnungswürdige Tat der Angeklagten, die in allen Kreisen unserer Bevölkerung Empörung hervorgerufen habe und wobei man sich über die Robei und Feigheit der Attentäter nicht genug wundern könne. Leider sind nicht alle Täter auf der Anklagebank. Ohne jede Veranlassung ist der Streit von den Angeklagten vom Zaune gebrochen worden. Gegen beide Angeklagte ist der Taubstand der Anklage erfüllt. Eine exemplarische Strafe ist hier am Plage und die ganze Strenge des Gesetzes muß eintreten. Der Amtsanwalt beantragte hierauf gegen Schüge eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und gegen Dietrich 9 Monate Gefängnis, außerdem die Konfiskation der Waffen. Beide Angeklagte hatten auf den Antrag des Amtsanwalts nichts zu erwidern. Der Gerichtshof hielt nach längerer Beratung die Angeklagten für schuldig und verurteilte antwortgemäß den Invaliden Schüge zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und den Schlosser Dietrich zu 9 Monaten Gefängnis. Die Waffen werden konfiskiert. Der Gerichtshof schloß sich in der Begründung den Ausführungen des Amtsanwalts an und erachtete eine strenge Strafe für unbedingt notwendig. Mildernde Umstände sind zu verneinen. Straffaussetzung konnte bei Schüge in Betracht, daß er bereits wegen Robeivergehens wiederholt verurteilt ist. Da wegen der Höhe der Strafe Fluchtverdacht für vorliegend erachtet wurde, beschloß der Gerichtshof die sofortige Festnahme der Angeklagten.

Der Vorstand des „Hilfsvereins für Taubstumme in der Provinz Sachsen“ erstattet Bericht über das fünfte Vereinsjahr. Bekanntlich hat es sich der genannte Verein zur Aufgabe gemacht, den erwachsenen Taubstummen unserer Provinz mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es ist seine Sorge, sie erwerbsfähig zu machen und zu erhalten. In Krankheitsfällen, bei Arbeitslosigkeit, im Alter, in Räten aller Art, bietet er ihnen die helfende und fährende Hand. Wie notwendig dieser Verein ist, wird jeder erkennen, der weiß, wie schwer der Kampf ums Dasein heutzutage fällt und der bedenkt, daß dieser Kampf den armen Vierfüßigen unendlich schwerer werden muß als den Vollenfüßigen. Außer Erstellung von Ratsschlüssen, Vermittlung von Arbeitsgelegenheit, Einlegen von Fürsprache u. wurden im letzten Vereinsjahre in 34 Fällen Selbstunterstützungen, zum Teil in recht erheblichem Maße, gewährt. Einer taubstummen Schneiderin wurde eine Nähmaschine beschafft. Das Vermögen des Vereins wuchs auf 23 713,11 Mk. Außerdem wurde dem Vorstande die Summe von rund 3500 Mk. überwiesen, als Grundstock für einen „Fonds zur Erziehung eines Heims für taubstumme Mädchen“. Die Mitgliederunterstützungen gingen ein teilweis durch die Herren Vertrauensmänner des Vereins, teilweis wurden sie einfastert durch Vereinsoboten. Um freundliche Unterstützung letzterer in ihrer schwierigen Werbearbeit bittet der Vorstand alle Menschenfreunde. Als Ziel gilt dem Vorstande, allen notleidenden Taubstummen der Provinz Tröster und Helfer zu werden. Für seine Zwecke braucht er recht erhebliche Mittel. Er hofft aber zuversichtlich, daß der Wohlwille der Bewohner der Provinz Sachsen ihn auch weiterhin in den Stand setzen wird, unglücklichen und dazu in oft bitterer Not geratenen Söhnen und Töchtern unserer Heimatprovinz helfend die Hand zu bieten. Der Bericht, welcher zu jedermanns Einsicht in den Taubstummenanstalten zu Halle, Weiskirchen, Gerfurt, Halberstadt und Osterburg ausliegt, schließt: „Wir treten in das neue Vereinsjahr mit neuen Sorgen, mit neuem Willen, mit neuem Hoffen. Möchte der himmlische Vater, der auch ein Vater der Armen und Kranken ist, die Herzen der Menschen erwärmen, daß sie ihre Hände öffnen zum Geben für unsere notleidenden taubstummen Brüder und Schwestern.“ Die Generalversammlung des Hilfsvereins hat am 9. April im Ratshaus zu Halle stattgefunden.

Ein ungeschöner Einbruch macht der Weinbauweg, der von der Krausstraße nach der Weinbergstraße hinter den Gärten des mittleren Neumarkts entlang führt. Der Graben, der sich auf der einen Seite des ungepflanzten Weges befindet, ist schon seit langem die Ablagerungstätte von allerlei Unrat, Asche und dergl. mehr. Sollte sich wirklich kein geeigneter Blog hierfür finden! Dieser unwillkürliche Zustand einer öffentlichen Straße erfordert dringend baldige Abhilfe.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

Stöbzig, 9. April. In den letzten Tagen hat die Berliner Disconto-Gesellschaft unter Vermittlung ihrer Vertreter in Wüscheln in den Hütten Stöbzig, Jorbau und Wöckering neben der Grube Gilsabitz ja. 800 Morgen Feld erworben, um hierauf ein Kohlenwerk zu errichten. Die neue Grube erhält den Namen Gils II. Gestern wurden in den drei Dörfern Stöbzig, Jorbau und Wöckering von obiger Gesellschaft vorläufig 950 000 Mk. gezahlt resp. angewiesen.

Rößschau, 8. April. Seit dem 1. April d. J. ist hier eine Gendarmerie-Station errichtet und mit dem Fußgenbarmen Schmelzspoff besetzt worden.

Ennewitz, 8. April. Am Sonnabend konnte hier das Handelemann Karl Weller'sche Ehepaar das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Die feierliche kirchliche Einsegnung des würdigen Paares nahm unter starker Anteilnahme der Einwohnerschaft Herr Pastor Dr. Brauß vor, der auch das kaiserliche Gnabengeschenk überreichte.

Wetterwart.

Voraussichtliches Wetter am 10. April: Kältes, meist trübes Wetter mit Niederschlägen (teils Schnee, teils Regen). — 11. April: Fortdauernd kühl und ziemlich regen, noch Niederschläge.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Austausch von Schullehren zwischen Preußen und Amerika. Der Verwaltungsrat der New Yorker Carnegie-Stiftung zwecks Förderung des Unterrichtswesens hat Einzelheiten eines mit dem preussischen Kultusminister vereinbarten Abwes betreffend den Austausch von Schullehrern zwischen Preußen und Amerika bekannt gegeben. Danach wird erwartet, daß nach dem vom 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Austauschsystem jährlich 25 bis 30 Lehrer Preußen betreiben werden. Der Verwaltungsrat betont neben dem erklärlichen Werte dieses Austausches auch dessen Bedeutung als Mittel zur Förderung der internationalen Beziehungen.

Frisch eingetroffen:

Pariser Kopf-Salat, engl. Salat-Gurken, Radisheschen, frischen Dänemärd Waldmeister, engl. Marjole-Heringe, neue Wallata-Kartoffeln, fr. ger. Eib-Nal, frische echte Frankfurter und Frauenhänder Würstchen, frischen russischen Salat, Capauer, deutsche Boullarden, Beckhülner

empfeilt **C. Louis Zimmermann.**

Sparfame Hausfrauen

laujen nur noch

Ganella.

Vegetabilis Reform-Butter

Erfolg. 1. Qualität, Margarine ohne tierische Fette, im Allgemeinen bei

A Speiser, Breitenstraße 13.

Wer seine Kinder lieb hat

gibt ihnen Carl Koch's

Nährzwieback.

Carl Koch's Nährzwieback

Bildet den Kindern gelundes Blut, fñhrt den Knochen und bietet den besten Ersatz für oft mangelnde Muttermilch.

Zu haben in Tüten und Packeten a 10, 20 30 und 60 Pfg. bei:

N. S. Gaueherer Kaufh. Gustav Köpfe

Überbringer: **Walter Bergmann, Gottardstraße 10;**

Carl Schmidt, Unterländer;

Wihelm Rittergits, Gottardstraße;

Wolff Böhm, kleine Ritterstraße;

Frankleben: Aid, Gander;

Neumann & Verheing: Hugo Erfurt;

Wolff-Kamm: Otto Wal;

Stöckert: A. Schmidt;

Wicheln: W. Adel, Bädermeister;

Gatterfisch & Quercius: G. Roth;

Steinert: Bernh. Demmel;

Lauda: Paul Jäger;

Rabenhell: Albert Trager;

Bandort: Heinz, Dietrich, Ww. Nagel;

Wendert: Gerhard Schwarz;

Kantachild: Kumpberg;

Schöffelst: Zimmer;

Edelhofst: H. Schöffelst; Emma Dörfling;

Bornfeld & Luerfurt; Otto Weinroth;

Bädermeister Conrad, Miao.

1. Ziehung 4. Klasse 218. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. April 1908, vormittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigegeben.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

111	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
112	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
113	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
114	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
115	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
116	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
117	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
118	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
119	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
120	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
121	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
122	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
123	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
124	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
125	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
126	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
127	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
128	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
129	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
130	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
131	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
132	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
133	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
134	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
135	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
136	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
137	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
138	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
139	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
140	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
141	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
142	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
143	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
144	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
145	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
146	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
147	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
148	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
149	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
150	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813

1. Ziehung 4. Klasse 218. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. April 1908, nachmittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigegeben.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

111	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
112	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
113	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
114	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
115	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
116	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
117	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
118	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
119	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
120	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
121	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
122	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
123	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
124	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
125	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
126	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
127	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
128	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
129	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
130	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
131	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
132	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
133	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
134	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
135	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
136	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
137	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
138	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
139	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
140	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
141	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
142	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
143	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
144	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
145	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	813
146	1000	218	1105	315	576	456	505	81	236	214	83	351	77	325	8

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljahr 3. Abholung u. d. Ausgabezeiten 3 M., monatl. 30 Pf., d. d. Post 1.20 M., bei Bestellung durch den Postboten 1.48 M., durch andere Kostträger in der Stadt n. a. d. Lande 1.20 bezw. 1.50 M., monatl. 40 bezw. 50 Pf., 5 Nummern 5 M., nach auswärts mit Postzuschlag. — Das Blatt erscheint wochentlich 5 mal wochentlich, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabezeiten der Stadt am Abend vorher. — Nachdruck unserer Originalarbeiten nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Rücksende unentgeltlicher Zusendungen keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
1. seittig. Illustr. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
2. seitt. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., auswärts 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Restamtsgebühren 20 Pf. Bei kompliziertem Satz entsprechende Zuschlag. Uebliche für Extrablätter nach Uebereinkunft. Für Nachstellungen und Offertenaufnahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Postzuschlag. Anzeigen für Werbeführer in der Stadt Merseburg 10 Pf. Restamtsgebühren in der Stadt Merseburg 20 Pf. Uebliche für Extrablätter nach Uebereinkunft.

Nr. 86.

Freitag den 10. April 1908.

34. Jahrg.

Teuerungsvorlage und Besoldungsreform.

Von parlamentarischer Seite des preussischen Abgeordnetenhauses wird gefordert:

Der Nachtragsetat ist nunmehr vom Abgeordnetenhause in der Fassung der Budgetkommission endgültig angenommen worden. Trotz kleiner Verbesserungen, die die Kommission an dem Entwurf vorgenommen hat, gehen zahlreiche Beamtengruppen — alle höhere Beamten, diejenigen mittleren Beamten, die 1907 Gehaltserhöhungen erhalten, die Geistlichen, die Lehrer und Lehrerinnen mit einem Grundbesitz von mehr als 1350 und 1025 Mark usw. — leer aus. Bei allen Parteien bestand eine feste Meinung, bei der zweiten und dritten Beratung weitergehende Anträge zu stellen und anzunehmen, aber angeführt der bestimmten Erklärung der Staatsregierung, daß sie die ganze Vorlage zurückziehen werde, falls das Haus über die Vorlage der Budgetkommission hinausgehe, konnten nur noch Wünsche geäußert werden. Keine Partei konnte und wollte das Odium auf sich nehmen, den Nachtragsetat zu Hause zu bringen, obgleich alle Redner ihrem Unmut über die Zwangslage, in die das Haus durch die Staatsregierung versetzt worden sei, mehr oder minder drastischen Ausdruck gaben. Besonders die Abgeordneten Brömel und Dr. Müller erinnerten mit einer durchaus berechtigten Schärfe und Bitterkeit an die wiederholt festsichergestellt gegebene, aber nicht eingelöstten Versprechungen der Staatsregierung und warfen ihr vor, daß sie selbst die Verschleppung der Besoldungsvorlage verschuldet habe. Sie sprachen gleichzeitig die bestimmte Erwartung aus, daß die zum nächsten Herbst versprochene Vorlage alle berechtigten Wünsche der Beamten, Lehrer und Geistlichen erfüllen werde. Die Enttäuschung vieler Beamtenkreise über die Verschleppung der Besoldungsvorlage wird zweifellos durch die unzulängliche Fassung des Nachtragsetats noch vergrößert werden. Die Frage liegt nahe, ob nicht die Mehrheitsparteien durch ein energischeres Vorgehen die Vorlegung des Besoldungsgesetzes in dieser Session hätten erzwingen können. Da aber die Wärfel gefallen sind, so sind rückläufige Betrachtungen und Untersuchungen nutzlos. Staatsregierung und Abgeordnetenhauses haben gesprochen, nun haben Beamte, Geistliche und Lehrer das Wort. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gehaltung der kommenden Besoldungsvorlagen ganz wesentlich von dem Ausfall der im Juli stattfindenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhause abhängen wird. Daraus ergibt sich für die Beamten die Pflicht, ihr wichtigstes staatsbürgerliches Recht auszuüben, vollständig zur Wahl zu erscheinen und ihre Stimme nur solchen Kandidaten zu geben, die gewiß sind, für die berechtigten Wünsche der Beamten einzutreten. Im Interesse des Staates aber liegt es, die Beamten, Lehrer und Geistlichen so zu stellen, daß sie ihre schweren Obliegenheiten nicht nur pfllichtgemäß, sondern auch ohne Abdrängens folgen mit Freuden und innerer Hingabe erfüllen können.

Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen

unter 18 Jahren an Versammlungen und Versammlungen ist in der Regierungsvorlage nicht enthalten gewesen, sondern erst auf der Initiative der Kommission, und zwar auf das Betreiben der Konservativen hin, aufgenommen worden. Auch in diesem Falle, wie so oft, ist es die maßlose sozialdemokratische Agitationsweise gewesen, die den Parteien der Rechten willkommenen Anlaß gegeben hat, in den Entwurf eine ursprünglich nicht vorhandene Einschränkung hineinzubringen. Schon bei der zweiten Lesung im Plenum ist darauf hingewiesen worden, daß man sich zu der Einfügung des Paragraphen im Hinblick auf die Straßendemonstrationen in Berlin veranlaßt gefühlt habe, bei denen hauptsächlich junge Wurfwerfer in die Aktion getreten sind. Ein

weiterer Grund ist in der Propaganda zu suchen, die von der Sozialdemokratie unter den Lehrlingen getrieben wird, um sie zum Eintritt in die sogenannte "freie Jugendorganisation" zu bewegen. Wir haben bereits vor einiger Zeit einige Kraftstellen aus einem an die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von Berlin und Umgebend gerichteten Flugblatt wiedergegeben. Da wird gegen die Handwerksmeister u. a. wie folgt gebittet:

Es jammert uns, daß Ihr Eure jungen Kräfte völlig ausfaugen, Euren Körper mißhandeln, Euren sich frei bewegenden Willen in eiserne Fesseln schlagen laßt. Es betrübt uns, daß Ihr nicht einsehen lernt, daß es nicht so zu sein braucht! All die Sorgen und die Besorgnisse des Lebens erklären sich Euch nicht. Die Quelle der Weisheit ist nicht Euch kein erschöpfendes Tröpflein, die begeisternde Quelle Eurer Herz nicht. Nur arbeiten, arbeiten für andere, erdient es Euch entgegen. Und wenn Euer zeitiges elendes Dasein wenigstens die Früchte reifen Lebens, von denen Ihr in der Zukunft sehen könnt! Man sagt Euch, man will Euch zu richtigen Fachmännern erziehen, auf daß Ihr später ein gutes Leben führen könnt. O welche Täuschung! Euch Eure Jugendzeit zu Ende, dann erkennt Ihr selber zu spät, daß Ihr Euch umsonst geschunden und geplagt, daß Ihr so gut wie nichts gelernt habt! Eure Jugendzeit, die herrlichste des menschlichen Lebens hat man Euch unter laichen Vorpiegelungen geraubt. Und während Ihr saum das Wortwendige erachtet: Brot zum Leben, Kleider zum Leben, Zeit zur Ruhe, Pflege und Stärkung Eures schwachen Körpers und Geistes und Euch so das Leben zum Jammertale werden muß, schweigt ein kleiner Teil der Menschheit auf Euch und der Masse Kosten im Liebesflusse, den Freudenthau in großen Höhen gehend.

In dieser Tonart bewegt sich das Flugblatt weiter, um schließlich den Eintritt in die freie Jugendorganisation zu empfehlen und vor den auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehenden Vereinen der Jugend zu warnen. Natürlich haben die Handwerksorganisationen zu solchen Angriffen nicht geschwiegen. Der Vorstand des Centralauschusses der vereinigten Innungsv Verbände Deutschlands bringt den Innungen den Inhalt der Flugblätter zum Kenntnis in der Erwartung, daß sie gegen das Flugblatt die geeigneten Maßregeln bei dem Polizeipräsidenten beantragen werden. Jetzt hat die junge Garde für ihre gemeine Agitation die Duitting in dem § 10 a des Vereinsgesetzes.

Die Balkanfragen.

Die Balkanfragen sind in der Propaganda zu suchen, die von der Sozialdemokratie unter den Lehrlingen getrieben wird, um sie zum Eintritt in die sogenannte "freie Jugendorganisation" zu bewegen. Wir haben bereits vor einiger Zeit einige Kraftstellen aus einem an die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von Berlin und Umgebend gerichteten Flugblatt wiedergegeben. Da wird gegen die Handwerksmeister u. a. wie folgt gebittet: Es jammert uns, daß Ihr Eure jungen Kräfte völlig ausfaugen, Euren Körper mißhandeln, Euren sich frei bewegenden Willen in eiserne Fesseln schlagen laßt. Es betrübt uns, daß Ihr nicht einsehen lernt, daß es nicht so zu sein braucht! All die Sorgen und die Besorgnisse des Lebens erklären sich Euch nicht. Die Quelle der Weisheit ist nicht Euch kein erschöpfendes Tröpflein, die begeisternde Quelle Eurer Herz nicht. Nur arbeiten, arbeiten für andere, erdient es Euch entgegen. Und wenn Euer zeitiges elendes Dasein wenigstens die Früchte reifen Lebens, von denen Ihr in der Zukunft sehen könnt! Man sagt Euch, man will Euch zu richtigen Fachmännern erziehen, auf daß Ihr später ein gutes Leben führen könnt. O welche Täuschung! Euch Eure Jugendzeit zu Ende, dann erkennt Ihr selber zu spät, daß Ihr Euch umsonst geschunden und geplagt, daß Ihr so gut wie nichts gelernt habt! Eure Jugendzeit, die herrlichste des menschlichen Lebens hat man Euch unter laichen Vorpiegelungen geraubt. Und während Ihr saum das Wortwendige erachtet: Brot zum Leben, Kleider zum Leben, Zeit zur Ruhe, Pflege und Stärkung Eures schwachen Körpers und Geistes und Euch so das Leben zum Jammertale werden muß, schweigt ein kleiner Teil der Menschheit auf Euch und der Masse Kosten im Liebesflusse, den Freudenthau in großen Höhen gehend. In dieser Tonart bewegt sich das Flugblatt weiter, um schließlich den Eintritt in die freie Jugendorganisation zu empfehlen und vor den auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehenden Vereinen der Jugend zu warnen. Natürlich haben die Handwerksorganisationen zu solchen Angriffen nicht geschwiegen. Der Vorstand des Centralauschusses der vereinigten Innungsv Verbände Deutschlands bringt den Innungen den Inhalt der Flugblätter zum Kenntnis in der Erwartung, daß sie gegen das Flugblatt die geeigneten Maßregeln bei dem Polizeipräsidenten beantragen werden. Jetzt hat die junge Garde für ihre gemeine Agitation die Duitting in dem § 10 a des Vereinsgesetzes.

als eine Bürgschaft für die Ruhe im Lande, und könnte ein Mittel werden, um die Banden mit Waffen zu versehen und ihnen neuen Geiz zuzuführen. Da die Gemeinden überdies mit Steuern überlastet seien, so müßten diese Kosten auf das Budget fallen. Dies stelle sie unmittelbar vor die finanzielle Schwierigkeit, mit der sich Zweifels Memorialen nicht befaßt, von deren Lösung aber die ganze Reformfrage abhängt. Die Regierung beharre dabei, daß die Verminderung der Truppenzahl und die europäische Garantie immer noch die beste Lösung sei, aber ihre Reformvorschläge seien von diesen Bedingungen nicht durchaus abhängig, wenn die notwendigen Kapitalien in anderer Weise zu erlangen seien. Staatssekretär Grey weist sodann darauf hin, daß die Forderung der freiwilligen Versprechen, das Defizit im mazedonischen Budget auszugleichen, nicht erfüllt habe, und erklärt, daß die britische Regierung, falls dies nicht geschehe, ihre Zustimmung zur ferneren Erhebung des dreiprozentigen Zuschlagszollens zurückziehe. Hierauf macht er folgende Vorschläge: Der Generalinspektor und die Finanzkommission sollten ermächtigt werden, von den Einkünften aus den Provinzen sofort zurückzubehalten, als zur Deckung der Ausgaben der Zivilverwaltung notwendig sei und den Ueberschuß der Ffotte für militärische Zwecke zu überweisen. Wenn dieser Betrag für die Militärausgaben unzureichend sei, müsse das Defizit von der Ffotte ausgeglichen werden. Es dürfe vorausgesetzt werden, daß sich die Kapitalien leichter finden werden, wenn sie für die Zivilverwaltung der Provinzen bestimmt seien. Wenn dieser Vorschlag angenommen werde, so sei es gleichgültig für die Mächte, wieviel Truppen in Mazedonien gehalten würden, vorausgesetzt, daß die Truppen bezahlt würden und nicht vom Lande selbst leben dürften. Die Notwendigkeit einer europäischen Garantie verschwinde auf diese Weise. Bei den vorhergehenden Verhandlungen sei angenommen worden, daß der Ernennung eines osmanischen Generalgouverneurs mit gegen eine Genehmigung der Ffotte gesicherter administrativer Vollmachten zugestimmt würde. Die Regierung glaube, daß diesen Vorschläge in angemessener Weise entgegenkommen werde durch die Anregung, daß der betreffende Beamte Generalinspektor genannt, zum Rang eines Bejlers erhoben, für eine bestimmte Zeit ernannt und nur mit Zustimmung der Mächte abgesetzt werde. Sodann führte Grey aus, die britische Regierung erhebe keine Einwendung gegen die Weisbehaltung Hilmi Paschas und sei einverstanden mit den russischen Vorschlägen bezüglich der Finanzkommission und der Ausdehnung der Vollmachten der Zivilagenten auf die Delegierten. Grey fügt hinzu, wenn die gegenwärtigen Vorschläge angenommen würden, widerspreche sich die Regierung nicht der Uebernahme der Zivilagenten und der Embasseriesadjunkten in den osmanischen Dienst. Er nehme überdies an, daß jeder Widerstand seitens der osmanischen Regierung gegen den Plan der Justizreform aufhöre. Die Regierung vertraue aufrichtig darauf, daß Minister Dewolski die Vorschläge unterstützen und mitteilen werde, ihre Annahme bei den Mächten durchzusetzen.

Den Beifall der Bulgaren findet der englische Vorschlag natürlich in hohem Maße. In einer am Dienstag nachmittag in Sofia abgehaltenen und von etwa zehntausend Personen besuchten Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in welcher der englischen Regierung der aufrichtigste Dank für ihren Vorschlag ausgedrückt wird, der reelle Reformen für Mazedonien vorsehe. Die englische Regierung wurde ersucht, auf der Durchführung ihres Vorschlags zu beharren. Dem Balkankomitee, der englischen Presse, dem englischen Volke und den Blättern Rußlands und der übrigen Länder, die den Vorschlag Greys unterstützten, wurde

